

des Imperialismus mit schweren Spannungen belastet wird. Als besonders gefährlich beurteilten sie das Streben der USA und der NATO, durch die Forcierung der Hochrüstung militärische Überlegenheit über die Sowjetunion, über die sozialistischen Staaten zu erlangen. Die Stationierung neuer amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa führt zu einer bedeutenden Gefährdung des Friedens und der Sicherheit unseres Kontinents, belastet die Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten und behindert die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Beide Gesprächspartner brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß es auch unter den veränderten Bedingungen in den Ost-West-Beziehungen zur Politik der friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt, und betonten, daß sie alles dafür tun, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges abzuwenden.

Die Repräsentanten beider Parteien würdigten die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, ihre konkreten und konstruktiven Initiativen, die darauf gerichtet sind, die weitere Anhäufung von Vernichtungswaffen zu verhindern. Sie verurteilten die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika, mit der sie bei den Genfer Verhandlungen eine Vereinbarung über die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen verhindert haben. Sie wiesen auf die Verantwortung hin, die die Regierungen der BRD, Großbritanniens und Italiens mit der Stationierung der amerikanischen Waffen in ihren Ländern auf sich nehmen.

Sie bekräftigten die Bedeutung des koordinierten Auftretens der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der internationalen Arena und hoben die Wichtigkeit der Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft hervor. Sie verwiesen auch darauf, daß die DDR und die UVR alle Möglichkeiten in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen nutzen, um aktiv zur Verwirklichung der Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft und der gemeinsamen Bestrebungen, wie sie in der Prager Deklaration vom Januar 1983 und der Moskauer Erklärung vom Juni 1983 ihren Niederschlag finden, beizutragen.

Beide Seiten hoben hervor, daß die Kraft der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft, die weitere Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit sowie die Bewahrung des militärischen Kräftegleichgewichts zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO die grundlegenden Voraussetzungen für die Erhaltung des Weltfriedens sind.

Die Repräsentanten der DDR und der UVR betonten zugleich die Aktualität der auf die Begrenzung und Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen, vor allem der Nuklearwaffen, auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit gerichteten Vorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Für besonders wichtig erachteten sie, daß alle Kernwaffenmächte ähnlich der UdSSR die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden.

Es wurde die dringende Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die NATO-